

Stadt Oestrich-Winkel
im Rheingau



OESTRICH-WINKEL
IM RHEINGAU

Sitzungsprotokoll

Gremium	Haupt- und Finanzausschuss
Sitzungsdatum	13.01.2022
Uhrzeit	19:00 Uhr bis 22:30 Uhr
Sitzungsort	Raum 222 - Magistratszimmer im Bürgerzentrum,

Anwesend

Vorsitzender:

Thomas Wieczorek (SPD)

Mitglieder:

Albert Bungert (CDU)

Dominic Dillmann (SPD)

Jutta Mehrlein (SPD)

Dr. Dieter Möller (GRÜNE)

Andreas Orth (CDU)

Ingrid Reichbauer (GRÜNE)

Marius Schäfer (FDP)

Pavlos Stavridis (CDU)

Magistrat:

Bürgermeister Kay Tenge

Erster Stadtrat Björn Sommer

Stadtverordnetenversammlung:

Almut Hammer (CDU)

Carsten Sinß (SPD)

Schriftführer:

Patrik Krummeich

Verwaltung:

Christian Petersohn

Ausschussvorsitzender Thomas Wieczorek eröffnet die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um 19:00 Uhr und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt und das Gremium beschlussfähig ist.

**1. Aufstellungsverfahren zur Haushaltssatzung mit Haushalts- und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2022 sowie dem Investitionsprogramm und dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Baubetriebshof, des Eigenbetriebs Kultur und Freizeit, des Eigenbetriebs Stadtwerke und des Eigenbetriebs Soziale Dienste
2021/221**

Herr Sinß stellt noch offene Fragen zu vorherigen Anträgen den Haushalt 2022 betreffen. Davon blieben nachstehende Fragen unbeantwortet:

- Ist die Stadt-Marke investiv oder reiner Aufwand?
 - o Seitens der Verwaltung wird der Punkt noch mal geprüft.
- Wie viele Personen sind auf den im Stellenplan ausgewiesenen Stellen aktuell für die Kita Kunterbunt eingestellt
 - o Es wird eine anonymisierte Liste zu geschickt.
- Wie hoch sind die Kosten aufgrund eines zweiten Versands der Steuerbescheide?
 - o Die Kostenaufstellung wird dem Protokoll angefügt.

Herr Möller fragt nach einer Stellenbeschreibung für das Archiv.

- Diese wird durch Herrn Ersten Stadtrat Sommer vorgelegt

Im Folgenden wird über weiteren Antragspunkte zum Haushalt 2022 einzeln abgestimmt

Anträge der CDU zum Investitionsplan:

Streichung der Mittel für neues Blitzgerät

abgelehnt, 3 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimme, 0 Enthaltungen

Streichung der Mittel für FÖP Dorfentwicklung

abgelehnt, 4 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimme, 0 Enthaltungen

Erhöhung der Fördermittel für Klimaschutz um 10.000 EUR

Abgelehnt, 3 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimme, 0 Enthaltungen

Schiebung der Ausbauten Neustraße und Arndtstraße

Abgelehnt, 3 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimme, 0 Enthaltungen

Anträge der SPD zum Investitionsplan:

Neue Investition zur Spielplatzerneuerung i.H.v. 30.000 EUR **mit Sperrvermerk Freigabe durch HFA**

Beschlossen, 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 0 Enthaltungen

Mittel für einen Mountainbike-Trail i.H.v. 10.000 EUR **mit Sperrvermerk Freigabe durch HFA**

Beschlossen, 4 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Errichtung eines Bestattungswaldes i.H.v. 10.000 EUR **mit Sperrvermerk Freigabe durch HFA**

Beschlossen, 5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Jährliche Mittel zur Schaffung von Barrierefreiheit i.H.v. 15.000 EUR

Beschlossen, einstimmig, 0 Enthaltungen

Gestaltung Kreise Bengel i.H.v. 2.500 EUR

Beschlossen, 5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Gestaltung Grillplatz Kerbesberg i.H.v. 2.500 EUR

Beschlossen, 5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Sperrvermerk mit Freigabe durch HFA für Zuschuss Kita Rabanus-Maurus für Anbau Intensivräume i.H.v. 350.000 EUR

Beschlossen, 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Der HFA bittet um Bericht über das laut Auskunft im letzten HFA im Dezember stattgefundene Gespräch zwischen Stadt und katholischer Kirche in dieser Sache.

Mittel für Weihnachtsbeleuchtung i.H.v. 10.000 EUR

Beschlossen, 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Anträge von Bündnis90/Die Grünen zum Investitionsplan:

Reduzierung der Mittel für Stadtmobiliar um 17.000 EUR

Beschlossen, 6 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Mittel für Dog-Stations i.H.v. 2.000 EUR

Beschlossen, 6 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltungen

Anträge der FDP zum Investitionsplan:

Streichung der Mittel für Hochzeitswald

Abgelehnt, 2 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimme, 1 Enthaltungen

Mittel für Car-Sharing in Oestrich-Winkel i.H.v. 10.000 EUR

beschlossen, 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimme, 3 Enthaltungen

Streichung der Mittel für Klimaschutz

Abgelehnt, 1 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimme, 3 Enthaltungen

Anträge der FDP zum Stellenplan:

Streichung Stelle Klimamanager

Abgelehnt, 1 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimme, 3 Enthaltungen

Anträge der CDU zum Stellenplan:

Streichung Stelle Tiefbauingenieur

Abgelehnt, 3 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimme, 0 Enthaltungen

Anträge der SPD zum Stellenplan:

Zum SPD-Antrag der Stellenreduzierung in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit teilt Bürgermeister Tenge mit, dass die Stelle bereits besetzt sei. Im November 2021 sei das Personalamt Eltville auf BM Tenge zwecks Besetzung der freien Stundenanteile zugekommen. Grund war der Ablauf der Stellenbesetzungssperre. Daraufhin sei die Stelle mit einem/r Bewerber/in aus dem damaligen Ausschreibungsverfahren besetzt worden. SV Sinß weist darauf hin, dass die Reduzierung der Stundenanteile nicht im Rahmen der Wiederbesetzungssperre beschlossen wurde, sondern separat. Über diese Frage entsteht ein Disput.

Einführung einer Stellenwiederbesetzungssperre analog zum Anpassungshaushalt 2021

Beschlossen, einstimmig, 0 Enthaltungen

„kw“-Vermerk für die Stelle 1. Stadtrat

Beschlossen, 5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Frühestmögliche Reduzierung der technischen Betriebsleitung EB Kultur und Freizeit, Betriebszwei Brentanoscheune

Beschlossen, einstimmig, 0 Enthaltungen

Bei der Besetzung der Stelle Wirtschaftsförderung soll darauf geachtet werden, dass sich schwerpunktmäßig um die Betreuung des bestehenden und Ansiedlung neuen Gewerbes zu kümmern ist
Beschlossen, 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Der Personalaufwand soll künftig entsprechend den realistischen Einstellungsdatum geplant werden.
Beschlossen, 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Die Stelle Inspektoranwärter/-in soll künftig explizit auch Mitarbeiter/-innen der Verwaltung als Weiterbildungsmöglichkeit ermöglicht werden.

Beschlossen, 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

Anträge von Bündnis90/Die Grünen zu Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe

Für die Förderung Brauchwassernutzung sollen im WP des EB Stadtwerke 20.000 EUR eingestellt werden

Beschlossen, einstimmig, 0 Enthaltungen

Anträge der CDU zum Ergebnishaushalt:

Reduzierung der übrig. Sonst. Personalaufw. um 2.000 EUR auf KTR 111601

Beschlossen, 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

Reduzierung der Mittel für Fremdensorgung auf KTR 122111 um 5.000 EUR

Beschlossen, 6- Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Reduzierung der Mittel für Instandh. Straßen, Wege, Plätze auf KTR 541201 um 80.000 EUR

Abgelehnt, 3 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Anträge der SPD zum Ergebnishaushalt:

Anpassung der Mittel auf den Kostenträgern 111103, 111008, 111203 und 111701 um insgesamt 20.034 EUR, verteilt, gemäß Veränderungsliste

Beschlossen, 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

Erhöhung der Mittel für Materialaufw. Auf KTR 122201 um 10.000 EUR

Beschlossen, 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

Reduzierung der Mittel auf KTR 122503 um 5.000 EUR

Beschlossen, 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

Der Magistrat wird aufgefordert mit dem Rheingau-Taunus-Kreis in Verhandlungen über eine Vertragsanpassung der finanziellen Regelungen der Übernahme der Hallgartener Grundschule in städtische Trägerschaft einzutreten

Beschlossen, 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 3 Enthaltungen

Erhöhung der Vereinsförderung um 5.000 EUR

Beschlossen, 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

Protokollnotiz: Herr Erster Stadtrat Sommer weist diesbezüglich explizit auf nachfolgenden Passus aus der Haushaltsgenehmigung 2021 hin:

Wegen der wirtschaftlichen Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, der vollständigen Zweckbindung der bestehenden liquiden Mittel sowie den rechtlichen Vorgaben zur Bildung der Liquiditätsreserve ist weiterhin zu empfehlen, dass die Stadt eigenverantwortlich haushaltswirtschaftliche Sperren gemäß § 107 HGO ausspricht sowie eine eigenständige kritische Überprüfung der vorgehaltenen und neu beabsichtigten Leistungen bzw. Standards - konsumtiv wie investiv - unter den Gesichtspunkten „pflichtig“ und „freiwillig“ vornimmt. Um auch künftig finanzielle Gestaltungsspielräume zu sichern, ist es daher nicht mehr vertretbar, in disponiblen Bereichen neue vertragliche Verpflichtungen einzugehen.

Reduzierung der Mittel auf den Kostenträgern 511102 um 30.000 EUR und bei 511900 um 17.500 EUR
Beschlossen, 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

Jährliche Mittel zur Restaurierung/Sanierung von Denkmälern von 10.000 EUR mit Priorisierungsliste
Beschlossen, 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

Ansatz für Aufw. Für Sachverständige auf KTR 511910 wird um 2.500 EUR reduziert und der Ansatz der Pächterlöse auf KTR 511920 um 5.000 EUR erhöht.
Beschlossen, 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

Der Ansatz für Instandh. Straßen, Wege, Plätze auf KTZR 541201 wird um 15.000 EUR erhöht
Beschlossen, 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

Reduzierung der Mittel auf Basis der tatsächlichen Steigerung der Abwassergebühren um 10.000 auf KTZ 541201
Beschlossen, 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

Der Magistrat wird beauftragt, bei der Rheingauer Volksbank die Maximalzahl an Mitgliedsanteilen zu erwerben und solange zu halten, wie die Dividende daraus über dem aktuellen Zins liegt.
Beschlossen, 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

Anträge von Bündnis90/Die Grünen zum Ergebnishaushalt:

Mittel für die Stadtmarke i.H.v. 30.000 EUR auf KTR 571100 Wirtschaftsförderung sind zu streichen
Beschlossen, 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

Die Kosten für Mieten sind auf dem KTR Stadtarchiv um 5.000 EUR zu kürzen
Beschlossen, 5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Kosten für die Heizungsanlage in der Kita Pflaumenköpfchen sind zu verschieben bis ein Energetisches Konzept vorliegt
Beschlossen, 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

Die Stromkosten für den Bürgerbus sind um 2.500 EUR zu kürzen.
Beschlossen, 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

Die Aufw. für Sachverständige im Rahmen der Klage zum Regionalplan sind um 17.500 EUR zu kürzen.
Abgelehnt, 2 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Die Sach- und Dienstleistungsaufwendungen sind pauschal um 5% zu kürzen.
Beschlossen, 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

Die Erträge der Hundesteuer sind aufgrund zusätzlicher Hundehaltungen um 6.000 EUR zu erhöhen.
Beschlossen, 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Für den Radverkehr sind 20.000 EUR in den Haushalt einzustellen
Beschlossen, 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

Die Sachmittel für Klimaschutz sind um 30.000 EUR zu erhöhen.
Beschlossen, 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Für die Förderung der Biodiversität sollen auf KTR 122116 8.000 EUR mehr eingestellt werden.
Beschlossen, 5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Für die eine Organisationsuntersuchung der Verwaltung sollen Mittel i.H.v. 20.000 EUR eingestellt werden.
Beschlossen, 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen

- 2. Festsetzung der Steuersätze für die Gemeindesteuern -**
 - 1. Grundsteuer für**
 - a) land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A)**
 - b) Grundstücke (Grundsteuer B)**
 - 2. Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und Gewerbekapital;**
zum 01.01.2022
2021/240

Beschluss

Der TOP wird auf die nächste HFA-Sitzung verschoben.

- 3. Haushaltssicherungskonzept der Oestrich-Winkel 2022**
2021/243

Beschluss

Der TOP wird auf die nächste HFA-Sitzung verschoben.

- 4. Antrag SPD: Vereine entlasten - spürbar, dauerhaft und ohne Ausnahme**
2020/127

Beschluss

Der TOP wird auf die nächste HFA-Sitzung verschoben.

5. Sachstand Seniorenbeiratswahl

Herr Tenge berichtet über den aktuellen Sachstand der Seniorenbeiratswahl:

Zum Zeitpunkt der Auszählung war nur wenig Personal vorhanden. Davon schied noch eine Person aus. Mittlerweile liegt das Ergebnis vor, musste jedoch noch vom Magistrat festgestellt werden, bevor die Gewählten informiert werden konnten. Das Wahlergebnis wird der Stadtverordnetenversammlung in deren nächsten Sitzung mitgeteilt.

Ausschussvorsitzender Wieczorek merkt an, dass er es für erforderlich gehalten hätte, die Öffentlichkeit sowie die Kandidierenden über das Ergebnis zu informieren. Zukünftige Wahlen sollen besser organisiert werden.

6. Verschiedenes

Herr Möller weist daraufhin, dass die auf der Internetseite der Stadt veröffentlichte Geschäftsordnung veraltet ist und der mit Beschluss 2020/87 der Stadtverordnetenversammlung vom 15.06.2020 eingeführte § 26a „Eilentscheidung gemäß § 51a HGO“ nicht enthalten ist.

Herr Sinß gab hierzu an, dass die Geschäftsordnung generell überarbeitet werden muss, weil Beschlüsse aus der vergangenen Wahlperiode sich nicht in der aktuellen Fassung auf der städtischen Homepage wiederfinden und auch der § 51a HGO nicht mehr in Kraft ist.

Herr Wieczorek weist darauf hin, dass die nächste HFA Sitzung am 20.01.2022 bereits um 18:00 Uhr statt um 19:00 Uhr stattfindet.

Oestrich-Winkel, 14.01.2022

Ausschussvorsitzender
Thomas Wieczorek

Schriftführer
Patrik Krummeich

Tätigkeitsbeschreibung für den Stadtarchivar Jürgen Eisenbach

Stand Januar 2022

Abgeschlossene Tätigkeiten:

- systemseitige Sicherung, Ordnung, Verzeichnung und Lagerung der kurmainzischen Bestände (bis 1803) der Gemeinden Oestrich, Winkel und Mittelheim.
- Umzug des Archivs (Abschluss Anfang Januar 2022)

Beschränkte Tätigkeiten bedingt durch die Corona-Pandemie:

- tägliche Betreuung eines festen Benutzerstammes, die regionalgeschichtliche und genealogische Interessen verfolgen. (**derzeit nur telefonisch**)

Aktuelle Tätigkeiten:

- Beratung bezüglich Benutzung und Recherche von Akten und Urkunden des Stadtarchivs.
- Hilfestellung bei älteren, handschriftlichen Akten, insbesondere zum Verständnis des Schriftgutes.
- Telefonische Beratung und Auskunft diverser Anfragen zur Geschichte der Stadt Oestrich-Winkel und deren vier Stadtteilen.
- Sortierung und Datenpflege des Archivgutes nach Umzug des Archivs.
- Kassation von Akten aus dem Bestand der Hallgartener Akten aus dem dortigen Ratshauspeicher. (zusätzliche Bewertung und Vernichtung von Formularen ohne archivarischen Charakter)
- Sicherung, Ordnung, Verzeichnung und Lagerung des Schriftguts der nassauischen, preußischen und hessischen Zeit von 1804 bis 1972.
- umfassende und detailgetreue Verzeichnung der Archivdaten, damit ein sowohl erleichterter als auch sachgemäßer Zugang für Benutzer gewährleistet werden kann. Dieser zeitaufwändige Punkt garantiert eine schnellere Recherche und somit einen geringeren zeitlichen Aufwand in der Suche von Akten.
- Sicherung und Erhaltung der umfangreichen Fotosammlung.
- Aufrufe an die Bevölkerung zur Bereitstellung privater Fotobestände für eine Publikation und eine Archivierung im Stadtarchiv.
- Durch einen intensiveren Kontakt mit Vereinen und Privatpersonen soll eine gezielte Vergrößerung und Ergänzung der archivarischen Bestände des Stadtarchivs erreicht werden. Die Erfahrung hat gezeigt, dass sich historisch wertvolle Dokumente, die teilweise sogar bis in das 16. Jh. zurückreichen, noch in privater oder vereinseigener Hand befinden. Sie sind meist wissenschaftlich nicht ausgewertet und könnten nach behutsamer Ansprache der jetzigen Besitzer eventuell durch einen sogenannten Depositat-Vertrag dem Stadtarchiv und damit der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.

- Nachverfolgung und Rückerfassung ausgegebener Archivakten.
- Prüfung von Akten und Dokumenten auf Archivwürdigkeit.
- Durchführung von Kassationen bei ungeeigneten Unterlagen.
- Die Erfassung und Erschließung des Akten- und Kartenbestands der noch laufenden und nicht zum Archiv abgegebenen Registratur des Bauamts soll den Mitarbeitern die Auffindung und Bearbeitung von aktuellen Vorgängen erleichtern und einen schnelleren Zugriff ermöglichen. Durch die Aufnahme der Fachbereichsakten in das vom bisher nur vom Archiv genutzte Augias-Betriebssystem können die Bestände sowohl in EDV- als auch in gedruckter Form rasch und sicher aufgefunden werden. Außerdem gestaltet sich dadurch nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen die Prüfung der Akten auf die Archivwürdigkeit oder eine mögliche Kassation effektiver und zeitsparender. Die genaue Durchführung dieses Projekts erfolgt unter Wahrung des geltenden Aktenplans in enger Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern der Fachbereiche und berücksichtigt auch deren Vorschläge und individuellen Bearbeitungsbedürfnisse.
- Die Übernahme von Kirchenverwaltungsakten des 18. Jh. bis 20. Jh., die bei Entrümpelungsarbeiten auf dem Speicher des Pfarrhauses in Mittelheim in bedenklichem Zustand aufgefunden wurden, führten zum Erfolg. Hierbei handelt es sich vor allem um Akten zum Schulwesen, zur Kirchenbautätigkeit, zu den Pfarrverhältnisse und zum Armen- und Waisenunterstützungswesen aus diesem Zeitraum, die bis heute praktisch nicht zugänglich und noch völlig unbearbeitet sind. Momentan befinden sich diese Akten im Diözesanarchiv Limburg und werden für das dortige Kirchenarchiv verzeichnet. Nach Fertigstellung dieser Arbeit kehrt der Bestand ins Stadtarchiv Oestrich-Winkel zurück.
- Recherchen zur allgemeinen Stadtgeschichte in Internet und Literatur
- Vorbereitung von Publikationen und Ausstellungen

Zukünftige Projekte, die Corona bedingt noch nicht umgesetzt wurden:

- Anfrage der Hansenberg Schule in Johannisberg zwecks Akten aus der nationalsozialistischen Zeit in Oestrich-Winkel. Das Vorhaben soll im Beisein des Stadtarchivar in der Schule stattfinden und bestenfalls in einer Ausstellung zum Thema einfließen.
- Unterstützung beziehungsweise Ausgabe einiger Akten für eine Doktorarbeit zum Thema Reblaus Bekämpfung.

Organisationsanalyse IKZ – Kämmerei

Kurzreport - Ergebniszusammenfassung

Weinheim, November 2021

Überreicht durch:

GE/CON GmbH
Werderstraße 4
69469 Weinheim
Ansprechpartner: Erik Schmidtman

Telefon +49 (0) 6201 – 7100 640
Fax +49 (0) 6201 – 7100 655
E-Mail schmidtman@gecon.gmbh
Internet www.gecon.gmbh



1 Auftrag und Vorgehen

Oestrich-Winkel (OeW) ist eine knapp 12.000 einwohnerstarke Stadt im Rheingau-Taunus-Kreis in Hessen. Im Norden grenzt Oestrich-Winkel an Lorch, im Westen an Geisenheim und im Osten an Eltville am Rhein.

Mit allen drei Kommunen besteht seit 2013 eine interkommunale Zusammenarbeit in den Aufgabenbereichen der Stadtkasse und der Kämmerei.

Es gibt eine IKZ-Vereinbarung in Form einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, detaillierte Tätigkeitsbeschreibungen hierzu liegen jedoch nicht vor.

Die Mitarbeiter haben subjektiv das Empfinden eines sehr hohen Arbeitsaufwandes.

Die GE/CON GmbH aus Weinheim wurde daher mit einer Organisationsanalyse der aktuellen Strukturen der „IKZ Kämmerei“ beauftragt.

Die Projektarbeiten haben im Frühsommer 2021 begonnen und konnten im Herbst 2021 abgeschlossen werden. Pandemiebedingt konnten die Mitarbeitergespräche nicht vor Ort stattfinden und wurden daher virtuell durchgeführt.

Die Analyse gliederte sich im Wesentlichen in fünf Module:

- (1) Projektauftakt – Vereinbarung des Vorgehens, Klärung der Rahmenbedingungen
- (2) Bestandsaufnahme – Qualitative IST-Analyse und Durchführung einer Geschäftsprozessanalyse. Umfängliche Befragung und Interviews aller beteiligten Mitarbeiter.
- (3) Aufgabenkritik – Einschätzung und Bewertung der Arbeitsorganisation
- (4) Personalbedarfsbemessung und Benchmarking
- (5) Handlungsempfehlungen und Präsentation

2 Rahmenbedingungen der IKZ-Kämmerei

Die Arbeitsumfänge der IKZ-Kämmerei fußen im Wesentlichen auf der gemeinsamen Vereinbarung aus dem Jahre 2013. Die finanzorientierten Aufgaben der Stadt sind mit verschiedenen Partnern in unterschiedlichen IKZ organisiert. Die Vereinbarung ist als öffentlich-rechtlicher Vertrag mit einer



Laufzeit von fünf Jahren organisiert und verfügt über zulässige automatische Verlängerungsoptionen.

OeW als Träger der IKZ-Kämmerei hat alle finanzorientierten Aufgaben in einem Bereich organisiert. Derzeit stehen zur Aufgabenerledigung 7 Mitarbeiter zur Verfügung, die 6,9 Vollbeschäftigungseinheiten abbilden.

Durch Verrentung und Weggang erlebt die IKZ-Kämmerei derzeit eine erhebliche Personalfuktuation. Allein in 2020 mussten 3 Mitarbeiter nachbesetzt werden, seit 2016 waren 6 Mitarbeiter zu integrieren. Die derzeitige Verweilzeit der Mitarbeiter beträgt ca. 7 Jahre, ohne die am längsten in der IKZ-Kämmerei befindliche Mitarbeiterin sogar nur ca. 3 Jahre.

Die Kämmerei unterlag nach Fortgang des Fachbereichsleiters und eines weiteren Mitarbeiters, der Nachbesetzung von drei Mitarbeitern notgedrungen einer kompletten Umstrukturierung.

Nicht immer wurde schon im Vorfeld in ausreichendem Maße dafür gesorgt, dass das durch die Fluktuation degenerierende Know-how ausreichend dokumentiert und erhalten worden ist.

Nicht alle neu hinzugewonnen Mitarbeiter haben aufgrund der Arbeitsmarktlage eine verwaltungsorientierte Ausbildung. Die derzeitige Personalsituation und Ausstattung sind mit der des Jahres 2018/2019 nicht zu vergleichen. Die Integration und Einarbeitung der neuen Mitarbeiter unter Pandemiebedingungen haben darüber hinaus erhebliche Anstrengungen bedurft, die bisher anhalten.

Fehlendes kommunales Fachwissen und jahrelange Erfahrung der kommunalen Besonderheiten der drei IKZ-Kommunen, welches aufgrund der hohen Arbeitsaufkommens und der Pandemie nur schwerlich aufzubauen ist, kann nach aktuellem Stand mangels Zeitlücken nicht in der notwendigen Schnelligkeit neu aufgebaut werden.

Die IKZ-Kämmerei befindet sich derzeit in einer anhaltenden Entwicklungsphase, verfügt aber über ein junges und hochmotiviertes Team. Die nächsten planmäßigen Austritte stehen altersbedingt erst 2031 an.

Leider ist in 2020 und 2021 durch Pandemie und lange Krankheitsausfälle die anstehende Arbeitsbelastung nur durch erhebliche Überstunden und Urlaubsverzicht zu leisten gewesen.

Eine planmäßige Entwicklung des Teams kann aber zielgerichteter nur dann gelingen, wenn es durch zeitliche Entlastung zur Entwicklung ausreichend Raum bekommt.



Die derzeitige Aufgabenabwicklung gelingt durch eine erhebliche Aufgabenumverteilung im Team sowie durch den Einsatz des Kämmereileiters im operativen Geschäft. Hierbei funktioniert das junge Team - auch bei zusätzlichem Ausfall von Mitarbeitern - überraschend gut und entwickelt zunehmend eine erhebliche Aufgabenbreite. Langfristig ist diese Aufgabenentwicklung jedoch weder effizient noch ausreichend personalorientiert.

In der Zusammenarbeit mit den Mandanten zeigen sich schon längerfristig bestehende Optimierungspotenziale. Fast bei allen zu betreuenden Kommunen ist der Betreuungsaufwand im Tagesgeschäfts einerseits und der Unterstützungsbedarf bei zusätzlichen Anfragen und Aufgaben andererseits unverhältnismäßig groß. Schon längerfristig wurde es aus unserer Sicht versäumt, Arbeitsabläufe intern und an den Schnittstellen mit den Kommunen zu dokumentieren. Darüber hinaus wird die IKZ-Kämmerei teilweise mit Aufgaben und qualitativ unzureichenden Vorarbeiten anderer Fachbereiche zusätzlich belastet. Hierbei ist auch auffällig, dass es bereits in den IKZ-Vereinbarungen unterlassen wurde, hinreichende und notwendige Detailfestlegungen zu Aufgabenumfängen und -abläufen zu treffen.

Zu befürchten ist, dass durch die derzeitigen Aufgabenumfänge einerseits und die Aufgabenbreite andererseits weitere Personalfuktuation folgen wird. Diese wäre bei den jetzigen Arbeitsmarktrahmenbedingungen nur schwer zu kompensieren. Zur weiteren Entwicklung des Teams ist daher eine ausreichende Entwicklungsmöglichkeit und individuelle Perspektive zu schaffen. Zwar bestehen ablauforganisatorische Optimierungspotenziale, die jedoch ohne zusätzliche personelle Unterstützung des Teams derzeit nicht zu heben sind.

3 Handlungsempfehlungen

- (1) **Prozessdokumentation.** Zur verbesserten Ablauforganisation sind die wesentlichen Teilprozesse (Aufgaben) intern und an den Schnittstellen zu den Mandanten zu definieren und gemeinsam zu vereinbaren.
- (2) Für regelmäßig wiederkehrende Aufgaben sind im Team **Arbeitsinstrumente** zu schaffen, die möglichst, trotz aller Abwicklungsunterscheide, bei allen Mandanten eingesetzt werden können und gleichzeitig dafür Sorge tragen, dass das vorhandene Wissen zur Aufgabenabwicklung erhalten bzw. übertragbar bleibt.
- (3) Aufbauend auf einer zukünftigen (noch zu entwickelnden Arbeitsorganisation) ist ein **Personalkonzept** zu etablieren, das die Entwicklung im Team und auch individuell aufzeigt und



festlegt. Dieses ist als Blaupause für die strukturierte Umformung des Teams für die nächsten Jahre verbindlich festzuschreiben.

- (4) **Überarbeitung der IKZ-Grundlagen.** Die gemeinsame Zusammenarbeit der Kommunen in der Kämmerei ist sinnvoll und u.E. auch vorteilhaft. Allein die angespannte Personalsituation zeigt das jede Kommune für sich die Aufgabe schwerlich meistern könnte. Jedoch ist die jetzige IKZ-Vereinbarung zu operationalisieren, so dass zu leistende Aufgabenumfänge und -intensitäten verlässlich definiert und möglichst vereinheitlicht sind. Darüber hinaus ist darauf aufbauend ein verursachungsgerechtes Abrechnungsmodell zu schaffen, das u.a. dem unterschiedlichem Betreuungs- und Schnittstellenaufwand Rechnung trägt.
- (5) **Schaffung von Entwicklungsfreiräumen.** Die Entwicklung der SOLL-Struktur muss in zwei Stufen erfolgen. Zunächst ist dem Team zu ermöglichen in die jeweiligen eigenen Aufgabenbereiche so weit hineinzuwachsen, dass die Erledigung der Aufgabenumfänge qualitativ hochwertig und im normalen Arbeitszeitrahmen zu erledigen ist und die Kompensation neuer Aufgaben (z.B. USt 2b) zielgerichtet gelingen kann. Erst nach Schaffung dieser Freiräume und Entwicklung des Teams ist die Realisierung von Potentialen in den internen Arbeitsabläufe und an den Mandantenschnittstellen sinnvoll und leistbar.

Im Vergleich mit anderen Kommunen und unter Beachtung von zusätzlichen Aufgaben, Minderbedarfen und eines personalreduzierenden IKZ-Faktors müssten für die zu erledigende Aufgabenumfänge ca. 8,5 bis 9,5 Vollbeschäftigteneinheiten (VBE) zur Verfügung stehen.

Unter Berücksichtigung einer tlw. abweichenden Aufgabenzuweisung aus der IKZ-Vereinbarung stehen der IKZ-Kämmerei derzeit jedoch nur (harmonisiert) 7,4 VBE zur Verfügung. Um die notwendigen Entwicklungsfreiräume zu schaffen, sind 1,0 bis 2,0 VBE zusätzlich aufzubauen. Dies gelingt im ersten Schritt durch unbefristete Aufstockung der Kapazitäten für die übergreifende Workflow-Abwicklung. Hierzu ist eine VBE in der Entgeltgruppe 9 kurzfristig einzuplanen und zu besetzen. Die Stelle ist der Leitung der Kämmerei direkt zuzuordnen.

4 Zusammenfassung

Die IKZ-Kämmerei befindet sich nach großer Personalfuktuation mit einem jungen motivierten Team in einer anhaltenden Entwicklungsphase. Durch Aufgabenzuwachs und Personalentwicklung



mussten auch bei den bestehenden Mitarbeitern Aufgaben umverteilt werden, um eine neue Struktur und Verteilung der Aufgaben aufzubauen. Dies auch aus dem Grund, dass bereits vor der Umstrukturierung nicht mehr tolerierbare Überstundenzahlen aufgrund der Arbeitsintensität vorlagen. Stetig neue Aufgaben können nur unter persönlichen Einsatz in Form von Urlaubsvortrag (Beamte) und Überstunden bewältigt werden. Zwar kann das laufende Geschäft auf hohem Niveau fortgeführt werden, für die Vertiefung von Fachwissen benötigen Fachbereichsleitung und Hauptsachbearbeiter jedoch Entwicklungsräume durch Entlastung im Rahmen der stetig anfallenden Tätigkeiten. Vor allem um eine weitere Fluktuation in der Kämmerei zu vermeiden, müssen durch die Übernahme von fachspezifischeren Tätigkeiten Aufstiegsmöglichkeiten dargeboten werden können. Im Rahmen der systematischen Personalbedarfsrechnung mit anderen Kommunen, ergab sich bei der IKZ-Kämmerei Oestrich-Winkel ein Personaldelta von bis zu zwei Stellen. Zunächst soll eine gering eingruppierte Stelle die standardisierten tagtäglichen Aufgaben übernehmen, um eine Entlastung bei Führungskraft und Hauptsachbearbeiter herbeizuführen.

Aber auch eine neue vertragliche Vereinbarung im Rahmen der drei IKZ-Kommunen soll eine klare Aufgabenkompetenz der IKZ-Kämmerei definieren. Nicht erwähnte aber zusätzlich gewünschte Leistungen oder aufgrund besonderer Umstände umfangreichere zu leistende Standardaufgaben / hoher Betreuungsaufwand müssen dann analog anderer IKZ Kommunen gesondert berechnet werden.

Anrede	Eingruppierung	Bezeichnung	Bezeichnung	Teilzeit-Stunden je Woche	Vertragsbeginn
Frau	S13 S 5	Erzieher/in	Kinderbetreuung Kita Oestrich Kunterbunt	35	01.09.2021
Frau	S8a S 3	Erzieher/in	Kinderbetreuung Kita Oestrich Kunterbunt	30	01.11.2021
Frau	S8a S 3	Erzieher/in	Kinderbetreuung Kita Oestrich Kunterbunt	39	01.11.2021
Frau	S8a S 3	Erzieher/in	Kinderbetreuung Kita Oestrich Kunterbunt	39	01.12.2021
Frau	S8a S2	Erzieher/in	Kinderbetreuung Kita Oestrich Kunterbunt	39	01.11.2021
Frau	S8a S 3	Erzieher/in	Kinderbetreuung Kita Oestrich Kunterbunt	39	01.12.2021
Frau	S8a S 3	Erzieher/in	Kinderbetreuung Kita Oestrich Kunterbunt	24	01.01.2022
	S8a S 3	Erzieher/in	Kinderbetreuung Kita Oestrich Kunterbunt	24	
Frau	EG 1 S2	Hauswirtschaft	Kinderbetreuung Kita Oestrich Kunterbunt	15	15.01.2022

Aufstellung Änderung Hebesatzsatzung

Stand heute für Grundsteuer A und Grundsteuer B von insgesamt 6.443 Fällen. Diese erhalten alle einen Bescheid, wenn wir die Grundsteuer Hebesätze verändern.

Für diese Anzahl entstehen Kosten bei der ekom21 in Höhe von etwa 5.946,18 €, welche auf den nachfolgenden Rechnungspositionen beruhen:

Kuvertierung 42,84€/1.000 Stück

Umschläge 17,85 €/1.000 Stück

Frankierungspauschale 12,20 €/1.000 Stück

Porto 0,85 €/Stück (ab 2022)

Darüber hinaus entstehen durch zweite Bescheid Schreibung die doppelte Anzahl an Posten, was sich in der IKZ Abrechnung widerspiegeln wird. Ich habe hier einfach in der Abrechnung der IKZ für 2020 die Fallzahlen entsprechend verdoppelt und so den gestiegenen Anteil für Oestrich Winkel ermittelt.

Die Kosten für den Mehraufwand in der IKZ betragen 38.120,69 € und teilen sich auf in Steueramt 9.533,84 € und Stadtkasse 28.586,85 €.

Veränderungsliste Ergebnishaushalt 2022 HFA-Sitzung (02.12. + 09.12.2021) für Beschlussfassung STVV 31.01.2022

Änderung Aufw.-/Ertr.-Ansätze Ergebnishaushalt (Stand 13.01.2022)

Zur Mittelanmeldung für den Haushalts-Entwurf 2022 haben sich nachfolgende Änderungen für den Ergebnishaushalt ergeben (Hinweis: Minderaufwendungen und Mindererträge sind mit negativem Vorzeichen ausgewiesen):

KTR	KTR Bezeichnung	KTO-Nr.	KTO Bezeichnung	Plan 2022 alt	Änd. Aufw.	Änd. Ertr.	Plan 2022 neu	Erläuterung zur Veränderung
	Eregbnishaushalt Gesamt	62..65	Personal-/Versorgungsaufwand	6.940.000	-156.000		6.784.000	Mit der Besetzung der neuen Stellen ist erst Mitte des Jahres zu rechnen
122201	Verkehrslenkung	6201000	Entgelte für geleistete Arbeitszeit	277.955	-43.870		234.085	Korrektur seitens Personalstelle, es wurde 1 Stelle zu viel angesetzt
122201	Verkehrslenkung	6401000	AG-Anteil Sozialversicherung	61.150	-9.651		51.499	analog Veränderung AG-Anteil
122201	Verkehrslenkung	6470000	Zukunftsicherung/Zusatzversorgung	23.904	-3.773		20.131	analog Veränderung AG-Anteil
111107	Bürgermeister	5488000	Kostenerstattungen von übrigen Bereichen	400		-400	0	Diensthandy, keine Kostenerstattung mehr gegeben.
111107	Bürgermeister	6832000	Telefonkosten	800	-800		0	Mobilfunkvertrag läuft über eine monatliche Sammelrechnung der Telekom bei KTR 111008
111108	Zentrale Verw. FB 1	6910000	Beiträge Verbände und Vereine	49.000	-12.000		37.000	Reduzierung Beitrag Kulturfonds durch Beitritt des RTK (2022 hälftig, ab 2023 gänzlich)
111203	Öffentlichkeitsarbeit	6861000	Aufwand Öffentlichkeitsarbeit	56.434	-8.500		47.934	Entfall Veranstaltung Leistungsschau Handwerker/Gewerbeverein u. doppelter Ansatz Weihnachtsmarkt
111203	Öffentlichkeitsarbeit	6993000	übrige sonstige Aufwendungen	3.300	-1.100		2.200	Entfall Veranstaltung Gewerbeschau
111203	Öffentlichkeitsarbeit	6861000	Aufwand Öffentlichkeitsarbeit	56.434	1.200		57.634	WIR Fest Erhöhung Ansatz von 800 € auf 2000 €
111702	Stadtkasse	7172000	sonst. Erstattungen an Gemeinden	95.000	25.000		120.000	Nochmaliger Versand von Grundsteuerabgabenbescheide - Abrechnungskosten IKZ Stadtkasse
111710	Steuern und Abgaben	6820000	Porto / Versandkosten	5.000	5.000		10.000	Nochmaliger Versand von Grundsteuerabgabenbescheide
111710	Steuern und Abgaben	7172000	sonst. Erstattungen an Gemeinden	82.000	8.000		90.000	Nochmaliger Versand von Grundsteuerabgabenbescheide - Abrechnungskosten IKZ Steueramt
122205	ÖPNV	5428000	Zuschüsse für lfd. Zwecke übrige Bereiche	0		7.000	7.000	Werbeeinnahmen, Spenden, Miete etc. für Bürgerbus
122205	ÖPNV	6101280	Aufw. Für ÖPNV Zusatzleistungen	0	7.000		7.000	Betriebskosten Bürgerbus
122205	ÖPNV	5421000	Zuweisungen für lfd Zwecke vom Land	0		18.200	18.200	Förderzuschuss Land Nahmobilitätscheck (70%)
122205	ÖPNV	6179000	Andere sonst. Aufw. Bezogene Leistungen	20.000	26.000		46.000	Kosten für Nahmobilitätscheck
122205	ÖPNV	6179000	Andere sonst. Aufw. Bezogene Leistungen	46.000	-18.000		28.000	RTV kostengünstigere Lösung gefunden
111601	Personalbetreuung/gewinnung	6773000	Aufwand für Beratungen	0	10.000		10.000	Erstellung eines Personalentwicklungskonzepts BVL 2021/238
121200	Wahlen	6993000	überige sonst. Betr. Aufwendungen	6.500	-4.500		2.000	Reduzierung möglich
122602	Personenstandswesen	5101000	öffentlich-rechtliche Gebühren	22.000		2.000	24.000	Neue Gebührensatzung, Erwartung höherer Erträge
126112	Aufgaben Brandschutz Mittelheim	6161000	Instandhaltung Gebäude	18.500	-3.500		15.000	Schließenanlage kann raus, da im Investitionshaushalt
128101	Katastrophenschutz	5421000	Zuschüsse für lfd. Zwecke vom Land	0		50.000	50.000	100% Zuschuss für Klimakommunen - Förderprogramm Land
365102	Förderung Einrichtung freier Träg	7128000	Zuschüsse für lfd. Zwecke übrige Bereiche	2.000.000	22.936		2.022.936	Höherer Zuschuss durch Beschluss Geschwisterregelung bei Gebühren - 40% Ermäßigung
365111	KITA Purzelbaum	5110000	öffentlich-rechtliche Gebühren	194.000		-10.000	184.000	Höherer Zuschuss durch Beschluss Geschwisterregelung bei Gebühren - 40% Ermäßigung
365112	KITA Pflaumenköpfchen	5110000	öffentlich-rechtliche Gebühren	180.000		-10.000	170.000	Höherer Zuschuss durch Beschluss Geschwisterregelung bei Gebühren - 40% Ermäßigung
365113	KITA Kunterbunt	6179000	Andere sonst. Aufw. Bezogene Leistungen	30.000	-25.000		5.000	Umgliederung Zaun in investiven Bereich (HH-Reste)
366200	Mehrgenerationenhaus	6993000	übrige sonstige Aufwendungen	22.000	20.000		42.000	Anpassung an Vorjahreswerte, da mit voraussichtlichen Corona-Ende wieder sämtliche Angebote des MGH (z.B. Kurse) stattfinden sollen
424122	Bereitstellung Sporthalle Hallgart	6052000	Gas	14.500	-8.700		5.800	Aufteilung Kosten Gasverbrauch Liegenschaften Hallgarten (Sporthalle, Schule, Bürgerhaus)
211101	Schulträgeraufgaben Grundschule	6052000	Gas	0	5.800		5.800	Aufteilung Kosten Gasverbrauch Liegenschaften Hallgarten (Sporthalle, Schule, Bürgerhaus)
511930	Bürgerhaus Hallgarten	6052000	Gas	0	2.900		2.900	Aufteilung Kosten Gasverbrauch Liegenschaften Hallgarten (Sporthalle, Schule, Bürgerhaus)
511900	Allg. Bauverwaltung, FB6	5101000	öffentlich-rechtliche Gebühren	0		2.500	2.500	Ansatz öffentl.rechtl. Gebühren wie Vorjahr
511900	Allg. Bauverwaltung, FB6	5485000	Kostenerstattungen von verb. Unternehme	0		35.000	35.000	Verwaltungskostenanteil Eigenbetriebe
511900	Allg. Bauverwaltung, FB6	6165000	Instandhaltung Sachanl. Gemeingr. Infr.	10.000	20.000		30.000	Instandhaltungsmaßnahmen Metzgerkapelle nach MAG Beschluss
511900	Allg. Bauverwaltung, FB6	6201000	Entgelte für geleistete Arbeitszeit	474.940	-56.080		418.860	Umgliederung Klimamanager von PB 10 auf PB 14, Anpassung laut Personalamt
511900	Allg. Bauverwaltung, FB6	6401000	AG-Anteil Sozialversicherung	104.530	-12.530		92.000	Umgliederung Klimamanager von PB 10 auf PB 14, Anpassung laut Personalamt
511900	Allg. Bauverwaltung, FB6	6470000	Zukunftsicherung/Zusatzversorgung	39.280	-5.630		33.650	Umgliederung Klimamanager von PB 10 auf PB 14, inklusive Korrektur
561101	Umweltberatung	6201000	Entgelte für geleistete Arbeitszeit	0	56.080		56.080	Umgliederung Klimamanager von PB 10 auf PB 14
561101	Umweltberatung	6401000	AG-Anteil Sozialversicherung	0	15.380		15.380	Umgliederung Klimamanager von PB 10 auf PB 14
561101	Umweltberatung	6470000	Zukunftsicherung/Zusatzversorgung	0	4.490		4.490	Umgliederung Klimamanager von PB 10 auf PB 14
561101	Umweltberatung	5420100	Zuweisungen für lfd Zwecke vom Bund	0		49.368	49.368	Bund Bezuschussung Klimaschutzmanager ca. 65%
575101	Tourismusförderung	7178000	sonst. Erstattungen an übrige Bereiche	14.500	-1.350		13.150	Streichung Zuschuss Schlemmerwoche (bereits bei Öffentlichkeitsarbeit enthalten)
661001	Steuern/Umlagen	5500100	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	8.300.000		40.000	8.340.000	Leicht höherer Ansatz nach Novembersteuerschätzung möglich
661001	Steuern/Umlagen	5553000	Gewerbsteuer	1.950.000		100.000	2.050.000	Gestiegene Gewerbesteuereinnahmen in November 21, machen einen höheren Ansatz möglich
661001	Steuern/Umlagen	7380100	Gewerbsteuerumlage	175.000	8.974		183.974	Höherer Gewerbesteueransatz bedingt höhere Umlage
661001	Steuern/Umlagen	7353120	Heimatumlage	108.750	5.577		114.327	Höherer Gewerbesteueransatz bedingt höhere Umlage
661001	Steuern/Umlagen	7354100	Kreisumlage	4.774.973	20.133		4.795.106	Anpassung höhere Kreisumlage des Rheingau-Taunus-Kreises von 28,46 auf 28,58 v.H.
661001	Steuern/Umlagen	7354200	Schulumlage	3.387.445	35.233		3.422.678	Anpassung höhere Schulumlage des Rheingau-Taunus-Kreises von 20,19 auf 20,40 v.H.
661001	Steuern/Umlagen	5551000	Grundsteuer A	358.281		-34.014	324.267	Anpassung Hebesatz auf 715 v.H.
661001	Steuern/Umlagen	5552000	Grundsteuer B	2.658.800		-252.417	2.406.383	Anpassung Hebesatz auf 715 v.H.

111601	Personalbetr. u. Gewinnung	6590000	übrige sonst. Personalaufw	10.000	-2.000		8.000	CDU Antrag beschlossen, pauschale Kürzung
122111	Ordnungsangelegenheiten	6171000	Fremdentsorgung	50.000	-5.000		45.000	CDU Antrag beschlossen, pauschale Kürzung
661001	Steuern	5559200	Hundesteuer	66.000		6.000	72.000	Grüne Antrag beschlossen, 10% Steigerung bei der Hundesteuer
571100	Wirtschaftsförderung	6179000	Andere sonst. Aufw. Bezogene Leistungen	30.000	-30.000		0	Grüne Antrag beschlossen, Streichung Aufwendungen Stadtmarke
281103	Förderung von Vereinen und Insti	6179000	Andere sonst. Aufw. Bezogene Leistungen	25.000	-5.000		20.000	Grüne Antrag beschlossen, Streichung Sach- und Dienstl. 5 Tsd. EUR
365112	Pflaumenköpfchen	6161000	Instandhaltungen	85.000	-20.000		65.000	Grüne Antrag beschlossen, Verschiebung Heizung bis Energetisches Konzept vorliegt
366200	Mehrgenerationenhaus	6993000	Übrige sonst. Betr. Aufwendungen	22.000	-2.500		19.500	Grüne Antrag beschlossen, Bürgerbus Stromkosten reduzieren
122205	ÖPNV	6179000	Andere sonst. Aufw. Bezogene Leistungen	20.000	20.000		40.000	Grüne Antrag beschlossen, mehr Mittel für Radverkehr/Infrastruktur
561101	Umweltberatung	6993000	Übrige sonst. Betr. Aufwendungen	20.000	30.000		50.000	Grüne Antrag beschlossen, mehr Mittel für Klimaschutzmaßnahmen
122116	Vogelschutz	6993000	übrige sonst. Betr. Aufwendungen	2.000	8.000		10.000	Grüne Antrag beschlossen, mehr Mittel für Förderung Biodiversität
111008	Zentrale Verwaltung	6771000	Aufwand für Sachverständige	3.000	20.000		23.000	Grüne Antrag beschlossen, Mittel für Organisationsuntersuchung
111103	Magistrat	6869000	sonst. Aufwend. Repräsentation	4.600	-1.600		3.000	SPD Antrag beschlossen, Anpassung der Mittel entsprechend Ergebnis der Vorjahre
111008	Zentrale Verwaltung	6771000	Aufwand für Sachverständige	5.000	-2.000		3.000	SPD Antrag beschlossen, Anpassung der Mittel entsprechend Ergebnis der Vorjahre
111203	Öffentlichkeitsarbeit	6861000	Aufw. Für Öffentlichkeitsarbeit	56.434	-11.434		45.000	SPD Antrag beschlossen, Anpassung der Mittel entsprechend Ergebnis der Vorjahre
111701	Kämmerei	6772000	Aufwand für Steuerberater, Prüfer	30.000	-5.000		25.000	SPD Antrag beschlossen, Anpassung der Mittel entsprechend Ergebnis der Vorjahre
122201	Verkehrslenkung- und Regelung	6065000	Materialaufwand für Straßen, Wege	30.000	10.000		40.000	SPD Antrag beschlossen, mehr Mittel zur Schaffung von Verkehrssicherheit
122503	Ausstellung von Personalausweise	6179000	Andere sonst. Aufw. Bezogene Leistungen	55.000	-5.000		50.000	SPD Antrag beschlossen, Anpassung der Mittel entsprechend Ergebnis der Vorjahre
281103	Förderung von Vereinen und Insti	7128000	Zuschüsse für lfd. Zwecke	57.400	5.000		62.400	SPD Antrag beschlossen, Aufstockung Vereinsmittel 10 Tsd. Euro, Kürzung Mietzuschuss 5 Tsd. Euro
511102	Städtebauliche Rahmenpläne	6779000	Aufwand für Beratungen	120.000	-30.000		90.000	SPD Antrag beschlossen, Anpassung der Mittel entsprechend Ergebnis der Vorjahre um 25%
511900	Allgemeine Aufgaben Bauverwalt	6771000	Aufwand für Sachverständige	70.000	-17.500		52.500	SPD Antrag beschlossen, Anpassung der Mittel entsprechend Ergebnis der Vorjahre um 25% (Streichung Koepf/EAW)
511910	Liegenschaftsverwaltung	6771000	Aufwand für Sachverständige	5.000	-2.500		2.500	SPD Antrag beschlossen, Anpassung der Mittel entsprechend Ergebnis der Vorjahre
511920	Verwaltung unbebauter Grundstü	5004000	Umsatzerlöse aus Pachten	75.000		5.000	80.000	SPD Antrag beschlossen, Anpassung der Mittel entsprechend Ergebnis der Vorjahre
541201	Unterhaltung Straßen/ Gehwege/	6165010	Instandhaltungen Straßen	280.000	15.000		295.000	SPD Antrag beschlossen, Der Magistrat wird beauftragt, die Wege rund um das Kleingärtengebiet Waldacker auszubessern. Maßnahmen für Barrierefreiheit nach Maßgabe s.o. (10.000 EUR) Gestaltung Kreise Bengel (2.500 EUR) Gestaltung Grillplatz Kerbesberg (2.500 EUR)
541201	Unterhaltung Straßen/ Gehwege/	6057000	Abwasser	270.000	-10.000		260.000	SPD Antrag beschlossen, Anpassung der Mittel an die tatsächliche Steigerung der Abwassergebühren
	Sach- und Dienstleistungen	60,61,67-69	Instandh. Straßen, Grünflächen etc.		-315.000			SPD Antrag beschlossen --> pauschale Kürzung von 315.000 € beim SDL
								231.634 € wurden bereits beim SDL gekürzt (lila Zahlen) - 200.900 € wurden zusätzlich angesetzt - 30.734 € (saldiert) --> Umgang mit pauschalen Kürzung?
SUMME MEHRAUFWAND				407.703,00				
SUMME MINDERAUFWAND				-835.518,22				
ÄNDERUNG AUFWAND GESAMT				-427.815,22				
SUMME MEHRERTRAG						315.067,50		
SUMME MINDERERTRAG						-306.831,52		
ÄNDERUNG ERTRAG GESAMT						8.235,98		
nachrichtlich: Änderung zahlungswirksamer Aufwand				-427.815,22				
nachrichtlich: Änderung zahlungswirksamer Ertrag						8.235,98		
Gesamtbetr. ordentl. Ertr. vor Veränderung						25.649.577,00		
Gesamtbetr. ordentl. Ertr. nach Veränderung						25.657.812,98		
Gesamtbetr. ordentl. Aufw. vor Veränderung						26.793.623,61		
Gesamtbetr. ordentl. Aufw. nach Veränderung						26.365.808,39		
ERGEBNIS SALDO vor Veränderung						-1.144.046,61		
ERGEBNIS SALDO nach Veränderung						-707.995,41		
NACHRICHTLICH								
Zahlungsmittelüberschuss lfd. Verw.-Tätigkeit vor Veränderung						-231.558,00		
Zahlungsmittelüberschuss lfd. Verw.-Tätigkeit nach Veränderung						204.493,20		

